

Call for Paper

Sozialpädagogik zwischen Staat und Familie - Alte und neue Politiken des Eingreifens

Donnerstag, 5. Juli bis Freitag, 6. Juli 2012, Universität Zürich

Veranstaltende:

Institut für Erziehungswissenschaft, Lehrstuhl für Pädagogik mit besonderer Berücksichtigung der Sozialpädagogik.

Prof.in Dr. phil. Birgit Bütow, Dr. phil. Stefanie Duttweiler, Lic. phil. Barbara Hobi, Lic. phil. Marion Pomey, M.A. Clarissa Schär, Lic. phil. Tobias Studer

Sozialpädagogisches Handeln ist ein Handeln, das sich auf soziale Problemlagen bezieht, dabei in die Lebenswirklichkeiten von Einzelnen, Gruppen und Familien eingreift und somit grundlegend legitimationsbedürftig ist. Seit ihren Anfängen befindet sich die Sozialpädagogik in einem Spannungsfeld zwischen Hilfe und Kontrolle, zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, zwischen Familie und Staat. Hilfe und Kontrolle sind dabei nicht zwei Pole, zwischen denen sich sozialpädagogische Eingriffe bewegen, vielmehr verhalten sie sich wie zwei Seiten derselben Medaille. Ob der sozialpädagogische Eingriff Hilfe verspricht, anbietet oder verordnet – immer ist auch Kontrolle im Spiel, die sich an gesellschaftlich dominanten Handlungs- und Deutungsmustern von ‚Normalität‘ und ‚Abweichung‘ orientiert. Und wo sie kontrolliert, tut sie dies in der Regel im Namen der Hilfe. Auch neuere Massnahmen, die bereits im Vorfeld der Entstehung von Problemen angesiedelt sind, zielen letztlich auf Kontrolle. Damit erweist sich Sozialpädagogik immer auch als diejenige soziale Instanz, die soziale Ungleichheiten bekämpft und diese zugleich durch die Konstruktion von sozialen Problemen und Adressatengruppen reproduziert. Sozialpädagogik agiert zwangsläufig im sozialstaatlichen Rahmen und damit vor dem Hintergrund gesellschaftlich normativer Erwartungen und privater Lebensweisen. Die hieraus resultierenden Spannungsfelder konturieren sich historisch und feldspezifisch auf je unterschiedliche Weise und produzieren je spezifische Diskurse und Praktiken, mittels deren Eingriffe legitimiert werden. Diese Diskurse und Praktiken um alte und neue Politiken des Eingreifens differenziert zu betrachten, ist Aufgabe einer theoretischen Reflexion, zu der diese Tagung einlädt.

Die Tagung beleuchtet diese Spannungsfelder insbesondere im Hinblick auf die Familie. Hier, so unsere These, erweisen sie sich als besonders brisant: Sozialpolitisches Agendasetting wie das Paradigma des aktivierenden Sozialstaates und sozialpädagogische Eingriffe führen zu Verschiebungen im Verhältnis von Familie und Staat. Wie die Debatten um Kindeswohlgefährdung, „schwierige“ oder „dicke“ Kinder, Verwahrlosung oder frühkindliche Förderung von Kindern zeigen, ergibt sich ein komplexes Verhältnis: Zum einen greifen sozialpädagogische Interventionen in Familien ein und bedienen sich dabei auch präventiver Strategien. Zum anderen lässt sich eine Re-Familialisierung sozialer Probleme beobachten, indem unter Rückgriff auf Rhetoriken der Moral sowie der Aktivierung der Selbstverantwortung soziale Ungleichheitslagen zunehmend als familiäre Probleme umdefiniert werden. Damit ergeben sich weitere Spannungsfelder: Wenn Fördern mit Fordern verknüpft wird und

Prävention sowie frühkindliche Förderung staatlich verordnet und sozialpädagogisch durchgesetzt werden, etablieren sich neue Stigmatisierungen, die aber weiterhin entlang alter Achsen sozialer Ungleichheit verlaufen: Mädchen/Frauen und Jungen/Männer, Migrantinnen und Migranten, von Armut Betroffene, Alleinerziehende oder generell marginalisierte Personen sind vermehrt tangiert. Darüber hinaus scheint sich die grundlegende Ambivalenz der Sozialpädagogik als Akteurin zuzuspitzen, welche durch staatliche Politiken instrumentalisiert zu werden droht und gleichzeitig Motor der Etablierung eines verstärkten Kontrolldiskurses wird.

Die Tagung adressiert diese Spannungsfelder und fragt nach den Unterschieden und Kontinuitäten in den Politiken des Eingreifens im Verhältnis von Staat und Familie. Dabei interessieren uns zum einen die Begründungsmuster, Argumentationsstrategien und Akzeptabilitätsbedingungen, mit denen im sozialpolitischen und sozialpädagogischen Diskurs die Politiken des Eingreifens legitimiert werden und zum anderen die konkreten Praktiken, durch die sie sich im sozialpädagogischen Handeln vollziehen. Dabei zeigt sich, dass diese Entwicklungen länderspezifische Unterschiede aufweisen. Die Tagung soll Gelegenheit bieten, diese Differenzen zu thematisieren und so einen schärferen Blick auf das spezifische Verhältnis von Staat, Sozialpädagogik und Familie sowie auf die Diskurse und Praktiken des Eingreifens zu ermöglichen.

Konkret bitten wir um Beiträge zu folgenden Fragen und Themenbereichen:

- Auf welche Weise, d.h. mit welchen Begründungen und welchem Expertenwissen werden sozialpädagogische Eingriffe in die Familie legitimiert?
- Wie wandeln sich diese Legitimationsstrategien historisch? Gibt es Zusammenhänge zwischen den Diskursen von „Verwahrlosung“ und „Kindeswohlgefährdung“?
- Welche Familien geraten in den Blick und in das Einflussgebiet sozialpädagogischer Interventionen und welche nicht? Etablieren sich hier (neue) Muster der Stigmatisierung, der Selektion und der Exklusion?
- Wie vollziehen sich diese Eingriffe konkret? Welche Maßnahmen werden konzipiert, welche Organisationsformen und Verfahrenswege und welche Beobachtungsinstrumente sind dabei im Spiel?
- Wie werden Begriffe wie Kindeswohl oder frühkindliche Förderung konzeptioniert?
- Wie lässt sich die Rolle der Sozialpädagogik in diesen Prozessen theoretisch fassen?

Wir freuen uns über Beiträge, die das Themenfeld sowohl theoretisch als auch empirisch beleuchten. Interessierte werden gebeten, ein Kurzexposé von max. 500 Wörtern mit Vortragstitel, Kurzbiografie (5 Zeilen) sowie Kontaktadresse (e-mail, Telefon und Postadresse) einzureichen

Eingabe des Proposals bis:

28. Februar 2012

Rückmeldung durch die Tagungsorganisation bis:

31. März 2012

Informationen und Kontakt: Marion Pomey, mpomey@ife.uzh.ch, www.ife.uzh.ch/psp